



# Monitoring-Bericht IKT-Strategie der Bundesregierung „Deutschland Digital 2015“ zum 7. Nationalen IT-Gipfel

## 1. Monitoring der IKT-Strategie

Im November 2010 hat die Bundesregierung die IKT-Strategie „Deutschland Digital 2015“ verabschiedet. Diese Strategie bildet das Dach für die IKT-Politik der Bundesregierung, unter dem die Ressorts ihre Maßnahmen und Projekte planen und umsetzen.

Die Aufgaben, Maßnahmen und Projekte sind darauf ausgerichtet,

- die Wettbewerbsfähigkeit durch Einsatz von IKT in allen Abschnitten des Wirtschaftsprozesses zu stärken,
- digitale Infrastrukturen und Netze auszubauen, um den künftigen Anforderungen gerecht zu werden,
- die Schutz- und Individualrechte der Nutzer im Internet und bei der Nutzung neuer Medien zu gewährleisten,
- Forschung und Entwicklung im IKT-Bereich auszubauen und die schnellere Umsetzung von F&E Ergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu fördern,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung und die Kompetenzen der Menschen für die Nutzung neuer Medien zu stärken sowie
- IKT bei der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, u. a. Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Gesundheit, Mobilität, Verwaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger konsequent zu nutzen.

Die Strategie sieht die Einrichtung eines Monitorings vor, dessen Ergebnisse veröffentlicht werden.

Das Monitoring beinhaltet eine Darstellung des bisher Erreichten einschließlich einer Bewertung des Zusammenwirkens mit dem IT-Gipfel. Das Monitoring soll allen Beteiligten als Positionsbestimmung dienen und Impulse für die weitere Arbeit geben.

## 2. Ergebnisse des Monitorings 2012

Die Umsetzung der Maßnahmen und Projekte der Strategie verläuft zielgerichtet und erfolgreich.

In allen Themenfeldern sind die Projekte weiter umgesetzt worden.

Die Unternehmen der IKT-Branche werden bis Ende des Jahres 2012 voraussichtlich rund 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen (Angaben des BITKOM).

Das geänderte Telekommunikationsgesetz ist im Mai 2012 in Kraft getreten.

Die TKG-Novelle – ein wichtiges Element der Breitbandstrategie der Bundesregierung – schafft zusätzliche Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze und erleichtert den Netzausbau. Modernisiert und verbessert werden gleichzeitig auch die Bestimmungen zum Daten- und Verbraucherschutz, u. a. ein reibungsloser Anbieterwechsel, eine bessere Kostenkontrolle, eine vertragsunabhängige Mitnahme von Mobilfunknummern sowie die Möglichkeit, die Bezahlfunktion beim Handy zu sperren.



Mit dem am 1. August 2012 in Kraft getretenen Gesetz zum Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen hat die Bundesregierung den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Internet erheblich verbessert. Unternehmer werden verpflichtet, Verbraucher klar und verständlich vor Abgabe der Bestellung über den Gesamtpreis einer Ware oder Dienstleistung zu informieren. Ein Vertrag kommt nur zustande, wenn der Verbraucher mit seiner Bestellung ausdrücklich bestätigt, dass er sich zu einer Zahlung verpflichtet. Erfolgt die Bestellung über eine Schaltfläche, muss die Beschriftung der Schaltfläche unmissverständlich auf die Zahlungspflicht hinweisen.

Auf Initiative der Bundesregierung haben diese Regelungen auch Eingang in die europäische Richtlinie über die Rechte der Verbraucher vom 25. Oktober 2011 gefunden, die bis zum 13. Juni 2014 umzusetzen ist, so dass der Schutz der Verbraucher dann europaweit gewährleistet ist.

Auf der Grundlage des im September 2012 vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurfs des E-Government-Gesetzes sollen Bürger und Unternehmen künftig einfacher und schneller mit der Verwaltung kommunizieren können. Verwaltungsangelegenheiten im privaten, ehrenamtlichen und beruflichen Alltag sollen in Zukunft immer öfter rund um die Uhr im Internet erledigt werden können.

Die Initiative Neue Qualität der Arbeit bietet seit Juni 2012 mit dem INQA-Unternehmenscheck „Guter Mittelstand“ ein Online-Selbstcheck-Tool, mit dem Arbeitgeber personalpolitische und unternehmensstrategische Handlungsbedarfe in ihrem Unternehmen identifizieren können. Über das niedrighschwellige Selbstcheck-Angebot können bei Bedarf auch Beratungsleistungen vermittelt werden. Weitere Check-Angebote sind in Vorbereitung, die ebenfalls als Online-Angebote ausgestaltet werden.

Im Bereich des Urheberrechts hat die Bundesregierung im August 2012 einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseverleger beschlossen.

Realisiert ist die Grundstruktur der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB). Sie wird bis Ende 2013 um eine Vielzahl innovativer Funktionen erweitert werden, die Suche, Verwaltung und Nutzung der DDB-Inhalte erheblich verbessern werden.

Die zentralen Handlungsfelder der Erklärung des Essener IT-Gipfels – weitere Digitalisierung in der Industrie, von Organisationen und Verwaltung, die Vernetzung von Personen, Prozessen sowie neuen Diensten und Anwendungen in den Bereichen Energie, Verkehr, Gesundheit, Bildung und Verwaltung auf der Basis leistungsfähiger Breitbandnetze, die Unterstützung innovativer und schnell wachsende Start-Ups als wichtige Treiber der Digitalen Welt – geben wichtige Orientierung für die Weiterführung und Umsetzung der Maßnahmen der IKT-Strategie im Jahr 2013.

Zum nächsten IT-Gipfel wird ein Monitoring über die Umsetzung der IKT-Strategie im Jahr 2013 vorgelegt.



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
<b>1. Neues Wachstum und Arbeitsplätze durch Digitalisierung</b>			
IKT-Mittelstand, junge Unternehmen und Gründungen	Initiative „Gründerland Deutschland“		
	Gründerwettbewerb – IKT innovativ		
	EXIST-Gründerstipendium		
	Förderprogramm „KMU-innovativ:IKT“		
	Stärkung der IKT-Kompetenz von KMU und Handwerk		
	Weiterentwicklung der GeoBusiness-Wirtschaftskommission		
	Initiative zur Erhöhung der Gebrauchstauglichkeit (Usability) von Anwendungssoftware für Handwerk und KMU		
	High-Tech Gründerfonds II		
	Dialog mit und Unterstützung von jungen IT-Unternehmen über den IT-Gipfelprozess		
	German Silicon Valley Accelerator		
Außenwirtschaftsoffensive, digitaler Binnenmarkt	Einbeziehung IKT in die Außenwirtschaftsinitiative		
	Standortmarketing, um Investoren und Talente für Deutschland zu gewinnen bzw. diese zu halten		
Offene Standards und Interoperabilität	Aufbau von Testeinrichtungen, die Interoperabilitätstests (IOP-Tests) ermöglichen und der Ermittlung von Maßstäben für Beschaffungsvorhaben dienen		
	Aufbau eines Internet-Portals zum Thema Interoperabilität		
	Unterstützung des Know-how Transfers zu Interoperabilität in andere Staaten		
	Einrichtung einer nationalen Clearingstelle zur Lösung von Interoperabilitätsproblemen		
Digitale Medien- und Kreativwirtschaft	Dialog mit der Branche im Rahmen der Initiative Kultur und Kreativwirtschaft		
	Wirtschaftsdialog zur Bekämpfung der Internetpiraterie		
	Bundespreis „Deutscher Computerspielepreis“		
	Förderprogramm zur Digitalisierung der Filmtheater in Deutschland		
IKT und Energie	E-Energy – IKT-basiertes Energiesystem der Zukunft		
IKT für Elektromobilität	Forschungsprogramm „IKT für Elektromobilität II“		
	Wissensplattform Elektromobilität		
	Forschungsprogramm zum Gesamtsystem Elektrofahrzeug (Schlüsseltechnologien für die Elektromobilität [STROM])		



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
IKT für Verkehr	Umsetzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zum Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern		<input type="radio"/>
	Erarbeitung eines nationalen Aktionsplanes „IVS-Straßenverkehr“		<input type="radio"/>
	Verkehrsforschungsprogramm „Mobilität und Verkehrstechnologien“		<input type="radio"/>
Cloud Computing	Aktionsprogramm Cloud Computing		<input checked="" type="radio"/>
	Technologieprogramm „Trusted Cloud“		<input checked="" type="radio"/>
<b>2. Digitale Netze der Zukunft</b>			
Breitbandige Hochleistungsnetze	Umsetzung und Weiterentwicklung der Breitbandstrategie		<input type="radio"/>
	Forcierung des Auf- und Ausbaus flächendeckender Hochleistungsnetze durch infrastrukturübergreifende Nutzung von Synergien		<input checked="" type="radio"/>
	Realisierung von Modellprojekten für Hochleistungsnetze außerhalb von Ballungszentren		<input type="radio"/>
	Stärkung von KMU beim Ausbauprozess		<input type="radio"/>
	Finanzierung des Breitbandausbaus im Rahmen der bestehenden nationalen und europäischen Förderprogramme		<input type="radio"/>
Rechtsrahmen Telekommunikation und Netzneutralität	Umsetzung der europäischen TK-Richtlinien, TKG-Novelle seit Mai 2012 in Kraft		<input type="radio"/>
	Einführung erweiterter Befugnisse zur Schaffung von Transparenzpflichtungen und Mindestqualitätsstandards im TKG		<input type="radio"/>
	Erhaltung des hohen deutschen und europäischen Standards diskriminierungsfreier Informationsfreiheit		<input type="radio"/>
	Fortsetzung des Dialogs mit gesellschaftlichen Gruppen		<input type="radio"/>
	Monitoring mit Berichtspflichten		<input type="radio"/>
Frequenzpolitik	Sicherstellung bedarfsgerechter Frequenzausstattung für Funkanwendungen		<input type="radio"/>
	Schaffung von Anreizen zur effizienten Frequenznutzung (Flexibilisierung, spektrumseffizientere Technologien)		<input type="radio"/>
	Langfristige europäische Strategie zur Technologie- und Diensteneutralität		<input type="radio"/>
	Implementierung der Digitalen Dividende für mobile Anwendungen		<input type="radio"/>
	Potenziale der Entwicklung im terrestrischen Rundfunkbereich nutzen, insbesondere Digitalradio.		<input type="radio"/>
	Harmonisierung von Frequenzen zur Erreichung von Größenvorteilen		<input type="radio"/>



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Internet Governance	Neufassung des sog. IANA-Vertrages zwischen ICANN und dem US-Handelsministerium		<input type="radio"/>
	Aktive gestaltende Mitarbeit im Rahmen des „Internet Governance Forum“ (IGF) des VN und in Gremien von ITU, OECD u.a., die sich mit Fragen der Netzpolitik beschäftigen		<input type="radio"/>
Netze des Bundes, Deutschland Online Infrastruktur/Verbindungsnetz	Zusammenführung der Regierungsnetze IVBB und IVBV/BVN in eine gemeinsame Netzinfrastruktur der öffentlichen Verwaltung zur Bereitstellung eines standardisierten Leistungs-/Dienste-Portfolios und einheitlicher Sicherheitstechnologien im Rahmen des Projektes „Netze des Bundes“		<input type="radio"/>
	Weitere Konsolidierung, u.a. durch Integration weitere Bundesnetze sowie des Verbindungsnetzes in die neue modulare Netzinfrastruktur		
	Zentrale Steuerung der neuen Netzinfrastruktur durch eine Zentrale Service Organisation (ZOS) im Bereich des BMI unter Berücksichtigung einer besseren Kontrolle durch den Bund, einer größeren Unabhängigkeit von einzelnen Unternehmen und einer höheren Sicherheit einschließlich einer besseren Krisenfestigkeit, Wirtschaftlichkeit und Flexibilität		
	Übertragung eines Konzeptes der vom DOI-Verein wahrgenommenen Aufgaben an den Bund		
	Erarbeitung eines Konzeptes zur Einführung und Nutzung von IPv6 in der öffentlichen Verwaltung Deutschlands		<input checked="" type="radio"/>

### 3. Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt

Sicherheit im Internet	Förderung des Einsatzes vertrauens- würdiger und manipulations- sicherer Hardwarekomponenten und der IT-Systeme (Trusted Computing) innerhalb der Bundesverwaltung und in wichtigen Infrastrukturbereichen sowie Mitarbeit in der Trusted Computing Group		
	Bereitstellung von Einsatzempfehlungen für Trusted Platform Module		
	Bereitstellung von Empfehlungen für die Sicherheit von IT-Systemen in wichtigen Infrastrukturbereichen		
	Erarbeitung eines Anreizsystems für den freiwilligen Einsatz sicherer IT-Systemen zum besseren Schutz vor Malware		
	Programm zur Sicherheitsforschung		
Sicherheit im Internet	Ausbau des Angebotes des BSI zu Sicherheit im Internet		<input type="radio"/>
	Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen		<input checked="" type="radio"/>
Datenschutz und Datensicherheit (Schutz der Persönlichkeitsrechte im Internet)	Weiterentwicklung des Datenschutzes im Internet mit dem Ziel, die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu stärken		<input checked="" type="radio"/>
	Errichtung einer Stiftung Datenschutz		<input checked="" type="radio"/>
	Prüfung einer Stärkung der Transparenz der Datenverarbeitung		<input type="radio"/>



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Verbraucherschutz im Internet	Die Bundesregierung hat sich erfolgreich auf EU-Ebene für eine Pflicht zur gesonderten und hervorgehobenen Angabe des Preises in Kombination mit einem verpflichtenden Bestätigungsfeld für Vertragsabschlüsse mit Verbrauchern im Internet (sog. Button-Lösung) eingesetzt.		
	Eine innerstaatliche Regelung zum Schutz vor Kostenfallen ist am 1. August 2012 in Kraft getreten		
Digitale Sicherheit: Benutzerorientiertes, sicheres Identitätsmanagement und Schutz vor Identitätsdiebstahl	Förderung der Anwendung des elektronischen Identitätsnachweises mit dem Personalausweis und elektronischen Aufenthaltstitel		
De-Mail – Sicherer Austausch elektronischer Nachrichten zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern	De-Mail-Gesetz mit Kabinettsbeschluss vom 14.10.2010 auf den Weg gebracht		
	De-Mail-Gesetz im Mai 2011 in Kraft getreten		
	Akkreditierung der ersten drei De-Mail-Provider auf der Cebit 2012		
	Akkreditierung von fünf De-Mail-Providern auf Basis des De-Mail-Gesetzes bis Ende 2012		
Schutz geistigen Eigentums im digitalen Zeitalter	Weitere Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus und einer wirksamen Durchsetzbarkeit des Urheberrechts		
	Prüfung der Fortentwicklung der Providerhaftung unter Einbeziehung der europäischen Entwicklung u. a. im Hinblick auf die Bekämpfung von Urheberrechts- und Persönlichkeitsrechtsverletzungen		
	Mitwirkung bei der Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften, d.h. eines europäischen Wahrnehmungsrechts sowie für die Online-Nutzung von verwaisten Werken		
	Vorlage eines Referentenentwurfes zur Schaffung eines nationalen Rechtsrahmens für die Nutzung von verwaisten Werken sowie für die Regelung weiterer Fragen des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft		
	Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Verständnisses für die Bedeutung des kreativen Schaffensprozesses, des geistigen Eigentums und seines kulturellen sowie wirtschaftlichen Wertes		

#### 4. Forschung und Entwicklung für eine digitale Zukunft

Internet der Dienste	Forschungsprogramm THESEUS		
	Forschungsprogramm SimoBIT		
Internet der Dinge	Technologieprogramm Autonomik		
	Initiative „Connected Living“ zur Schaffung offener Standards und Schnittstellen zur Vernetzung im Haushalt		
	Nationale Roadmap zu Embedded Systems		
	Software Spitzencluster		



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
GRID-Computing/Höchstleistungsrechner	Weiterführung und Ausbau der D-GRID-Initiative		<input type="radio"/>
	Mitarbeit beim Aufbau der europäischen Grid-Initiative EGI		<input type="radio"/>
	Förderung der Entwicklung von Software für Höchstleistungsrechner		<input type="radio"/>
	Mitarbeit beim Ausbau des europäischen Supercomputernetzwerkes PRACE		<input type="radio"/>
	Fortführung der Gauss-Allianz		<input type="radio"/>
3D-Technologien	Einrichtung eines 3D-Innovationszentrums auf Basis von Ergebnissen des Forschungsvorhabens „PRIME“: Entwicklung und Erprobung neuer Techniken für 3D-Medien für Film, Fernsehen, Industrie	Aufnahme des Dauerbetriebs in 2012	<input checked="" type="radio"/>
3D-Systemintegration	Aufbau eines Technologiezentrums zur 3D-Integration (ASSID)		<input type="radio"/>
	Entwicklung von Technologien für 3D-Systemintegration auf Chip- und Komponentenebene		<input type="radio"/>
	Automatisierung des Chipentwurfs		<input type="radio"/>
Leistungselektronik	Entwicklung moderner Leistungselektronik für innovative und energieeffiziente Systemlösungen		<input type="radio"/>

#### 5. Bildung, Medienkompetenz und Integration

Aus-, Fort- und Weiterbildung	Mobiles berufsbegleitendes Lernen		<input type="radio"/>
	Mediendidaktische Fortbildung für Multiplikatoren in die Aus- und Weiterbildung		<input type="radio"/>
	Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit durch Medienkompetenz bei Jugendlichen		<input type="radio"/>
	Initiative zur technischen Bildung		<input type="radio"/>
	Initiative zur Verbesserung der Medienkompetenz von Kindern „Ein Netz für Kinder“ und den Sicherem Surfraum „fragFINN.de“		<input type="radio"/>
	I-KiZ – Zentrum für Kinderschutz im Internet		<input type="radio"/>
	Nachwuchsförderung für die Elektronik (INVENT a CHIP) und Elektromobilität (DRIVE-E)		<input type="radio"/>
	Bundeswettbewerb Informatik, Informatik-BIBER		<input type="radio"/>
	Weiterbildung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch		<input type="radio"/>
	Initiative IT 50plus		<input type="radio"/>
	Dialog Internet – Dialog über eine Kinder- und Jugendpolitik in der digitalen Welt		<input type="radio"/>
	Förderinitiative „Ein Netz für Kinder“		<input type="radio"/>
	Jugendkampagne „watch your web“		<input type="radio"/>
	Jugendportal „netzcheckers.de“		<input type="radio"/>
	Initiative „sicher online gehen – Kinderschutz im Internet“		<input type="radio"/>



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Arbeiten in der digitalen Welt	Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA)		
	Gestaltungslösungen für die Nutzung von IKT hinsichtlich der Flexibilität von Arbeitsort und Umsetzungsaktivitäten und Kampagnen für diese Gestaltungslösungen		
Digitale Integration	Initiative „Internet erfahren“		○
	Ausbau des Angebotes des BSI für Bürger		
	Verfahren zur Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsfindungen		
	Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (NAP) → Umsetzung des NAP	 	○
	Umsetzung der eGovernment-Strategie Teilhabe		○

#### 6. Digitale Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen

E-Government und elektronische Kommunikation mit der Verwaltung	Umsetzung der Projekte aus dem Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“	Eigenes Monitoring (www.verwaltung-innovativ.de)	
	Erarbeitung/Verabschiedung einer Nationalen E-Government-Strategie bis Ende 2010 und Umsetzung ab 2011		●
	Umsetzung der Maßnahme „Pilotierung und Realisierung eines Prozess-Daten-Beschleunigers für den Datenaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung“ im Rahmen des IT-Investitionsprogrammes der Bundesregierung bis Ende 2011		●
	Möglichst weitreichende Integration von Informations- und Meldepflichten aus unterschiedlichen Domänen bis 2015		◎
IKT in der Bundesverwaltung	Fortführung der durch das Konzept „IT-Steuerung Bund“ etablierten Strukturen in der Bundesverwaltung		
	Stärkung der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik		●
	Auf- und Ausbau leistungsstarker IT-Dienstleistungszentren des Bundes		
	Wirtschaftlichere und effizientere Gestaltung von IT-Angebot und -Nachfrage in der Bundesverwaltung		
	Konsolidierung und Standardisierung der IT in der Bundesverwaltung		
	Weiterer Aufbau und Etablierung eines übergreifenden „Enterprise Architecture Managements“ für die Bundesverwaltung		
	Abstimmung und Ausrichtung der Informationstechnik des Bundes an den Verwaltungsprozessen		
E-Justice	Integration des Europäischen Mahnverfahrens sowie der Handels- und Unternehmensregister in das Europäische E-Justice-Portal bis 2013/2014		◎
	Vorbereitung der Einführung elektronischer Akten im Strafverfahrensrecht		◎



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz („Green IT“)	Vertiefung des „Aktionsplanes Green IT“		
	Technologieförderprogramm IT2Green		
	Umweltinnovationsprogramm: Förderschwerpunkt „IT goes green“		
	KfW-Sonderfonds Energieeffizienz		
	Umweltkennzeichnung von ökologisch vorteilhaften IKT-Produkten		
	Allianz für eine nachhaltige Beschaffung mit Ländern und Kommunen inkl. Portalen für umweltfreundliche Beschaffung		
eHealth und Demografie	Maßnahmen einer eHealth-Implementierungsstrategie		
	Informations- und Unterstützungssystem für Telemedizin-Anwendungen bereitstellen		
	Sektorübergreifende Interoperabilität von Komponenten und Diensten herstellen		
	Integration von Telemonitoring in bestehende Verfahrensprozesse ermöglichen		
	Belastbare und anwenderorientierte Rahmenbedingungen für weitere e-Health-Anwendungen schaffen		
	Nachhaltige Anwenderorientierung durch ärztliche Aus-, Fort- und Weiterbildung im Anwendungsfeld eHealth		
Deutsche Digitale Bibliothek	Schaffung einer zentralen Infrastruktur (Portal, Dienstplattform u.a.) für die Vernetzung von digitalen Inhalten aller Art (Bücher, Bilder, Filme, Noten, 3D-Aufnahmen u.a.) aus bis zu 30.000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen		

#### Legende:

Darstellung des Status in Form eines Ladebalkens

Darstellung des Beitrages des IT-Gipfels:

- groß (maßgeblich durch Gipfel getragen)
- mittel (Begleitung durch den Gipfel)
- gering